



Kommunalprogramm

Piratenpartei Duisburg

Einleitung

Liebe Duisburger Bürgerinnen und Bürger,

die Duisburger Piratenpartei möchte bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 ins Rathaus und in die Bezirksvertretungen einziehen. Dafür benötigen wir Ihre Unterstützung: durch Ihre Stimme.

Damit Sie wissen, wofür wir Piraten stehen, haben wir unsere Vorstellungen über Kommunalpolitik und was wir in den nächsten Jahren erreichen möchten zusammengefasst.

Es wird Zeit, dass sich in Duisburg etwas ändert. Wir möchten dazu beitragen, dass wieder die Menschen im Mittelpunkt der Stadtpolitik stehen. Kommunalpolitik betrifft uns alle. Kommunalpolitik bestimmt mehr Dinge in unserem Leben, als die so genannte "große Politik". Wir finden unsere Stadt zu wichtig, um sie den anderen zu überlassen.

Sie können uns zu allen Themen auch persönlich ansprechen. Sie treffen uns auf unseren Stammtischen, die genauen Termine finden Sie im Internet unter www.piratenpartei-duisburg.de oder schreiben Sie eine e-mail an: duisburg@piratenpartei-nrw.de

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Freundlicher Gruß
Piratenpartei Duisburg

Kurt Klein
1. Vorsitzender

Dirk Weil
Pressesprecher



Inhalt

1. Allgemein
2. Rat und Bezirksvertretungen
 - 2.1. Ausschuss für Bürgerangelegenheiten
 - 2.2. Sitzungsbeginn von Rats- und Bezirksvertretungen
 - 2.3. Live-Übertragungen
 - 2.4. Nicht öffentliche Sitzungen minimieren
 - 2.5. Bindende Bürgerentscheide
 - 2.6. Neustrukturierung
 - 2.7. Nachbarschaftsnetzwerke
3. Stadtverwaltung
 - 3.1. Veröffentlichung von Dokumenten
 - 3.2. Spitzenbeamte anonym wählen
 - 3.3. Freie, quelloffene Software und offene Datenformate
 - 3.5. Ratsinformationssystem verbessern
 - 3.6. Ankauf von Dienstleistungen verringern
 - 3.7. Zugang zu Rathäusern und Bürgerbüros
 - 3.8. Offene Verwaltung
 - 3.9. Ausschreibungen
 - 3.10. Ausführung öffentlicher Aufträge
 - 3.11. Open Source Software
 - 3.12. Faire Einstellungsbedingungen bei der Stadt Duisburg
 - 3.13. Kommunale Bürgerräte in den Bezirken
 - 3.14. Verbot von 1-Euro-Jobs bei der Stadt Duisburg
 - 3.15. Einführung Mindestlohn bei der Stadt Duisburg
 - 3.16. Bürgerbeteiligung bei großen Projekten
 - 3.18. Telekommunikationsnetz
4. Finanzen und Wirtschaft
 - 4.1. Keine weiteren PPP-Projekte
 - 4.2. Kein Verkauf von Gemeingut unter Wert
 - 4.3. Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen
 - 4.4. Transparenz in städtischen Betrieben
 - 4.5. Städtische Tochterunternehmen und Beteiligungen reduzieren
 - 4.6. Information über finanzielle Verflechtungen
 - 4.7. Sparvorschläge von Bürgern
 - 4.8. Bürgerhaushalte einführen
5. Recht, Sicherheit und Ordnung
 - 5.1. Grundpfeiler einer freiheitlichen Informationsgesellschaft ist der Datenschutz
 - 5.2. Restriktive Weitergabe von Meldedaten
 - 5.3. Datenschutzeschulung in Bildungseinrichtungen
6. Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport



- 6.1. GEBAG erhalten
- 6.2. Zuwanderung
- 6.3. Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen
- 6.4. Sozialpass einführen
- 6.5. Kosten Unterkunft SGB II und SGB III
- 6.6. Verbot 1-Euro-Jobs bei der Stadt Duisburg
- 6.7. Menschenwürde
- 7. Stadtentwicklung und Verkehr
 - 7.1. Bürgerbeteiligung an Großprojekten
 - 7.2. Kleingartenanlagen erhalten
 - 7.3. Ausbau ÖPNV
 - 7.4. Leerstand kommunaler Gebäude entgegenwirken
 - 7.5. FOC
- 8. Familie, Bildung und Kultur
 - 8.1. Kultur fördern
 - 8.2. Kulturhaushalt
 - 8.3. Stadtbibliothek fördern und nicht weiter abbauen
 - 8.4. Verantwortung lernen - Förderung autonomer Jugendzentren
 - 8.5. Filmforum erhalten
 - 8.6. Love Parade Tunnel unter Denkmalschutz stellen
 - 8.7. Zumutbare Schulwege
 - 8.8. Verbesserung der Raumkonzepte
 - 8.9. Sekundarschule
 - 8.10. Gebäudeinstandhaltung
 - 8.11. Schulsozialarbeit
 - 8.12. Inklusion
 - 8.13. Jugendhilfe
 - 8.14. Sportstätten
 - 8.15. Bücherbus
- 9. Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit, Verbraucherschutz
 - 9.1. Fracking
 - 9.2. Umweltzonen
 - 9.3. Lärmschutz
- 10. Über Duisburg hinaus
 - 10.1. Dezernenten nur noch für vier Jahre wählen
 - 10.2. Bürgerbegehren erleichtern
 - 10.3. Kommunales Wahlrecht für Bürger aus nicht EU-Staaten

1. Allgemein

Die Piratenpartei Deutschland ist eine sozial-freiheitliche Grundrechtspartei. Die Duisburger Piraten haben folgende Ideen, Vorstellungen und Ziele für die Kommunalwahl im Mai 2014 beschlossen:



2. Rat und Bezirksvertretungen

2.1. Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

Ein großer Teil der Arbeit des Rates der Stadt geschieht in den Ausschüssen. Die Piratenpartei Duisburg möchte einen weiteren Ausschuss einrichten, der sich mit Bürgerangelegenheiten beschäftigt. Aufgabe des neuen Ausschusses soll es sein, zusammen mit dem Referat für Bürgerengagement und Bürgerangelegenheiten Bürgerinnen und Bürger bei Ihren Anliegen zu beraten und zu unterstützen und weitere Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu entwickeln und einzurichten.

2.2. Sitzungsbeginn von Rats- und Bezirksvertretungen

Die Sitzungen des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Duisburg sind öffentlich. Die Teilnahme eines großen Teiles der Bevölkerung wird dadurch verhindert, dass die Sitzungen (mit wenigen Ausnahmen) bereits um 15.00 Uhr beginnen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Sitzungen nicht vor 17.00 Uhr beginnen.

2.3. Live-Übertragungen

Sitzungen des Rates, der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse sollen live im Internet übertragen und Aufzeichnungen zum Abruf bereitgestellt werden.

2.4. Nichtöffentliche Sitzungen minimieren

Wir sehen die Notwendigkeit, auch nichtöffentliche Sitzungen abzuhalten. Allerdings ist der Ausschluss der Öffentlichkeit jeweils nachvollziehbar zu begründen und auf das notwendige Maß zu reduzieren. Wir fordern die Prüfung, ob eine nachträgliche Offenlegung der Ratssitzungen möglich ist.

2.5. Bindende Bürgerentscheide zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes

Wir plädieren für verbindliche/verpflichtende Bürgerentscheide, die den Bürgern eine Möglichkeit geben, aktiv ihr Lebensumfeld zu beeinflussen. Eine Initiative seitens der Bürger ist nicht erforderlich! Die Bürgerentscheide sollen sowohl betroffene Anwohner also auch Nutznießer von geplanten Vorhaben in einem angemessenen Verhältnis einbeziehen.

2.6. Neustrukturierung der Duisburger Stadtbezirke



Die Duisburger Piratenpartei fordert eine Einwohner- und Flächenorientierte Neustrukturierung der Duisburger Stadtbezirke. Die Bezirksrathäuser (Bezirksämter) sollen von 7 auf 4 verringert werden.

1. Duisburg Nord (Walsum / Hamborn / Meiderich / Beek)
2. Duisburg West (Homberg/Baerl/Rheinhausen/Rumeln-Kaldenhausen)
3. Duisburg Mitte (Ruhrort / Mitte)
4. Duisburg Süd (unverändert)

In den Stadtteilen Bergheim, Bruckhausen, Hamborn, Hochheide, Laar, Marxloh, Mittelmeiderich, Neumühl und Ruhrort sollen so genannte Stadtteilbüros eingerichtet werden, wo Dienstleistungen des Bürgerservices, sowie des städtischen Beschwerdemanagements vorgehalten werden. Die frei werdenden Bezirksamts Gebäude sollen entweder vermarktet oder einer geeigneten Nutzung der Stadtverwaltung, Städtische Nebenbetrieben oder aus NGO`s zugeführt werden. Sämtliche Gebäude der Stadtverwaltung sollen barrierearm aufzusuchen sein. Die internetfähigen Serviceleistungen der Stadt Duisburg sollen weiter ausgebaut werden.

2.7. Nachbarschaftsnetzwerke

Die Piratenpartei Duisburg fordert eine kommunale Förderung von bürgerschaftlichen Engagement durch autonome Organisationsräume. Altersübergreifende und überparteiliche Gestaltungsforen sollten im Kleinquartier die Möglichkeit finden, sich durch Informationsaustausch und Mitwirkung weiter zu entwickeln. Kosten- neutrale Nutzung von städtischen Räumen im Quartier sind hierfür eine der Voraussetzungen, um eventuellen Problemstellungen selbstorganisatorisch begegnen zu können. Eine vom Rat der Stadt vereinsrechtliche und unabhängige Organisationsstruktur ist eine zweite wesentliche Voraussetzung. Diese Präventiv-, Kreativ- und Einsparpotentiale der QM-Groups sollen anhand von jeweils einem Pilotprojekt pro Bezirk für die Dauer eines Jahres getestet und ausgewertet werden. Die Ergebnisse der Testphase sollen der gesamten Duisburger Bürgerschaft zur Kenntnis gebracht und weitere Bürgerbeteiligung (Kritik/Verbesserungsvorschläge) möglich werden.

3. Stadtverwaltung

3.1. Veröffentlichung von Dokumenten

Dokumente, die von den Verwaltungen erstellt oder in Auftrag gegeben werden, müssen für alle Bürger frei nutzbar sein. Wir streben daher die gemeinfreie Veröffentlichung aller Dokumente an. Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht sind nur bei schwerwiegenden Gründen möglich; diese müssen in jedem Einzelfall



schriftlich dargelegt werden.

3.2. Spitzenbeamte anonym wählen

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass alle leitenden Funktionen in der Duisburger Verwaltung und der Städtischen Tochterunternehmen nur noch über anonyme Bewerbungsverfahren besetzt werden.

3.3. Freie, quelloffene Software und offene Datenformate

Wir fordern die konsequente Nutzung von freier Software in der Verwaltung, soweit diese verfügbar, sie den Softwareanforderungen entspricht und die Anschaffung wirtschaftlich ist. Die Nutzung solcher Programme reduziert häufig Anschaffungs- und Betriebskosten durch Herstellerunabhängigkeit. Bei freier wie unfreier Software ist darauf zu achten, dass Daten in offen dokumentierten Formaten abgelegt werden, um den Datenaustausch zu vereinfachen.

3.5. Ratsinformationssystem verbessern

Das Ratsinformationssystem soll benutzerfreundlicher werden. Eine erweiterte Suchfunktion, sowie verbesserte Download- und Verlinkungsmöglichkeiten sollen die Recherche erleichtern. Die Konvertierung in ein offenes Dokumentenformat muss gewährleistet sein.

3.6. Ankauf von Dienstleistungen verringern

An vielen Stellen, an denen die Verwaltung tätig wird, werden teure Gutachten oder externe Dienstleistungen eingekauft. Die Piratenpartei Duisburg traut den Mitarbeiteren der Verwaltung die Kompetenz zu, viele Dinge selber beurteilen und planen zu können. Die Kosten für solche Verfahren, bei denen Fremdfirmen beauftragt werden, bleiben intransparent und ihre Erfordernis zweifelhaft. Die Piratenpartei Duisburg möchte, dass künftig die Preise aller eingekauften Dienstleistungen oder Gutachten mit einer Begründung der Notwendigkeit im Vorfeld veröffentlicht wird.

3.7. Zugang zu Rathäusern und Bürgerbüros

Die Öffnungszeiten der Rathäuser und Bürgerbüros sollen besser an die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst werden.

3.8. Offene Verwaltung



Die Piratenpartei Duisburg fordert, dass alle Einwohner das Recht auf Einsicht in die Verwaltungsvorgänge und Entscheidungen des Rates erhalten. Diese dürfen auch nicht hinter vermeintlichen Geschäftsgeheimnissen verborgen werden - was Rat und Verwaltung tun, geht alle Bürger an. Wir fordern den barrierefreien Zugang, auch in maschinenlesbarer Form. Die Kommunen sollen selbst aktiv eine Kultur der offenen Verwaltung vorleben.

3.9. Ausschreibungen

Die Piratenpartei Duisburg fordert, dass alle Ausschreibungen transparent und nachvollziehbar erfolgen. Hier ist insbesondere im Lastenheft (Anforderungskatalog) zu vermerken, welche Qualitätsanforderungen an die Ausführung der Arbeiten gebunden sind und welche Auflagen bezüglich der einzuhaltenden sozialen Standards gemacht werden. Sie sind so zu formulieren, dass anhand eines Kriterienkataloges der Anbieter den Zuschlag erhält, der den Gesamterfordernissen mit seinem Angebot am nächsten kommt und nicht nur der billigste Anbieter. Die Verträge sind so zu formulieren, dass minderwertige Ausführung öffentlicher Aufträge einen durchsetzbaren Regressanspruch zusichern. Darüber hinaus, dass Auftragnehmer die entsprechend auffallen, für eine festzulegende Zeit von Ausschreibungen ausgeschlossen werden können.

3.10. Ausführung öffentlicher Aufträge

Die Piratenpartei Duisburg fordert die Einrichtung eines Qualitätsmanagements für die Ausführung von Auftragnehmern der öffentlichen Hand. Hier sind alle relevanten Daten von Aufträgen und Firmen für die Zeit der Auftragsausführung und der danach geltenden Garantie- und Regresslaufzeiten zu speichern. Im Rahmen der Datenhaltung sind Auftragnehmer nach Ausführung der Arbeiten anhand eines Bewertungsschemas einzuordnen. Dies dient auf mittel- bis langfristige Sicht dem Schutz der vom Steuerzahler aufgebrauchten Mittel.

3.11. Open Source Software

Die Piratenpartei Duisburg plädiert für die Einführung von Open-Software in der Stadt Duisburg und ihren angegliederten Unternehmen/Gesellschaften soweit dies möglich ist. Des weiteren fordern wir die Umsetzung des Programmpunkt FLOSS (Free Libre Open Source Software) im Öffentlichen Dienst, wie dies bereits im Landtagswahlprogramm 2012 der Piraten NRW vermerkt ist.



3.12. Faire Einstellungsbedingungen bei der Stadt Duisburg

In der Vergangenheit haben wir festgestellt, dass Arbeitsstellen bei der Stadt bzw. bei Städtischen Unternehmen mit Personen besetzt wurden, bei denen uns nicht klar ist, was genau zu ihrer Bewerberauswahl bewogen hat. Um in Zukunft die Einstellungen transparent und nachvollziehbar zu machen, fordern wir:

1. Einführung von anonymisierten Bewerberverfahren
2. Verpflichtung der Stadt, sämtliche Stellen öffentlich auszuschreiben
3. Darlegung der Auswahlkriterien bei Stellenbesetzung
4. Das Ende der Parteibuchwirtschaft!
5. Auswahl nur nach fachlichen Kriterien
6. Rechenschaftsbericht der Stadtverwaltung zu Einstellungen bzw. bei der Verwaltung bzw. Städtischen Unternehmen
7. Tariftreue bei allen Städtischen Unternehmen und Städtischen Arbeitnehmern

3.13. Kommunale Bürgerräte in den Bezirken

Vorbereitung und Unterstützung durch die Stadtverwaltung von Kommunalen Bürgerräten in den Bezirken. Unter der Voraussetzung, keiner politischen Partei anzugehören, soll den Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig eine Plattform (Ratssaal oder Aula) zur Verfügung gestellt werden, wo autonom über die aktuellen Belange im Stadtbezirk beraten werden kann. Bürgerrechte und die Bürgerwertschätzung sowie Identifikation mit dem Stadtbezirk würden hierdurch gestärkt werden.

3.14. Verbot von 1-Euro-Jobs bei der Stadt Duisburg

Wir fordern die Stadt Duisburg auf, weder bei sich, noch bei Unternehmen die der Stadt gehören bzw. auf die die Stadt einen erheblichen Einfluss ausübt, sogenannte 1-Euro Kräfte zu beschäftigen.

3.15. Einführung eines sofortigen Mindestlohns von 8,50 Euro für die Mitarbeiter der Stadt Duisburg

Wir fordern die sofortige Einführung eines Mindestlohns für Mitarbeiter der Stadt, städtischen Unternehmen und bei Unternehmen, auf die die Stadt einen erheblichen Einfluss ausübt in Höhe von 8,50 Euro.

3.16. Bürgerbeteiligung bei großen Projekten



Bürgerabstimmung bei Kommunalprojekten mit einem Umfang von + 5 Mio Euro.
Pro Bürgerrechte/Mitbestimmung/Identifikation

3.17. Telekommunikationsnetz

Die Piratenpartei Duisburg wird sich für Einrichtung eines Telekommunikationsnetzes am Beispiel "NetCologne" in Duisburg einsetzen. Die Piratenpartei Duisburg wird sich auch in den benachbarten Rhein-Ruhr-Städten für eigene Telekommunikationsnetze einsetzen. Die Piratenpartei Duisburg wird sich für den Zusammenschluss aller so entstehenden kommunalen Netze einsetzen.

4. Finanzen und Wirtschaft

4.1. Keine weiteren PPP-Projekte

Wir lehnen Public-Private-Partnership Projekte ab. Kurzfristig sorgen sie für Liquidität, langfristig aber sind sie teuer und dienen dem Gewinn des privaten Investors zu Lasten der Allgemeinheit. Private Unternehmen erhalten so Einfluss auf städtische Entscheidungen, der Einflussspielraum der Stadtverwaltung sinkt entsprechend.

4.2. Kein Verkauf von Gemeingut unter Wert

In Duisburg werden Großprojekte nur noch von privaten Investoren durchgeführt. Zur Realisierung überlässt die Stadt Grundstücke und Gebäude zum Mindestgebot. Dies ist die Folge jahrzehntelanger verfehlter Haushaltspolitik des Kommunalen Haushaltes, wobei auch kommunale Eigenbetriebe inzwischen hoch verschuldet sind (Schattenhaushalte). Wir wollen aus dieser Schuldenfalle raus und sehen in dem Stärkungspakt Stadtfinanzen des Landes NRW eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Wir wollen zukünftigen Generationen wieder finanziellen Handlungsspielraum geben und damit die Veräußerung von Gemeingut unter Marktwert stoppen.

4.3. Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Städtische Wirtschaftspolitik darf nicht wenige Großinvestoren fördern und ihnen alle Steine aus dem Weg räumen. Sinnvolle Wirtschaftspolitik fördert gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die ihre Steuern in Duisburg zahlen und die hier

Arbeitsplätze schaffen.

4.4. Transparenz in Städtischen Betrieben

Die Piratenpartei Duisburg fordert, dass sämtliche Städtischen Betriebe ihre Gebühren transparent darstellen müssen. Erhöhungen von Gebühren sind nur dann zulässig, wenn den Zahlern explizit dargelegt wird, welche Kosten wo genau gestiegen sind und warum nun eine Erhöhung notwendig ist. Die Aufgabe der Städtischen Unternehmen ist der Bevölkerung die notwendige Leistung für den geringsten Preis zur Verfügung zu stellen und nicht dem Stopfen von Finanzlöchern oder ähnlichem zu dienen.

4.5. Städtische Tochterunternehmen und Beteiligungen reduzieren

Mit der Gründung zahlreicher Städtischer Tochterunternehmen und Beteiligungen ist in der Vergangenheit ein Gewirr von Unternehmen entstanden, das jeden Überblick über die tatsächliche Situation verhindert. Diese Unternehmen und Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht zwar aufgeführt, letztlich entsteht darüber aber ein Schattenhaushalt, der die tatsächliche finanzielle Situation der Stadt verschleiert. Belastbare Aussagen zur Finanzsituation Duisburgs oder zum kommunalen Haushalt sind so nicht möglich. Wir sehen hier eine Informationspflicht der Stadt gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern. Wir möchten die Sinnhaftigkeit städtischer Beteiligungen und Tochterunternehmen überprüfen und möglichst viele städtische Tochterunternehmen auflösen und die Aufgaben in die Stadtverwaltung zurückholen, sofern sie nicht unbedingt erforderlich sind.

4.6. Information über finanzielle Verflechtungen

Eine Recherchemöglichkeit zur finanziellen Situation der Kommune wollen wir über die Website der Stadt anbieten, ohne dass es einer Registrierung bedarf oder der Zugang hierzu in sonstiger Weise Beschränkungen unterliegt. Wenn Zahlungsvorgänge nicht veröffentlicht werden dürfen (z. B. Steuergeheimnis) oder anonymisiert werden müssen, wollen wir zumindest die Höhe der Beträge öffentlich bekannt geben. Die hierfür notwendigen Daten aus dem NKF (Neues Kommunales Finanzmanagement) sind von der Stadtverwaltung in einer maschinenlesbaren und barrierefreien Form zur Verfügung zu stellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle finanziellen und rechtlichen Verflechtungen der Kommune in verständlicher Form veröffentlicht werden.

4.8. Sparvorschläge von Bürgern



Seit einigen Jahren bietet die Stadt Duisburg den Bürgern die Möglichkeit, zum Haushaltsentwurf Sparvorschläge zu machen. Dazu ist es erforderlich, ehrliche und verständliche Zahlen zu veröffentlichen, um eine Entscheidungsgrundlage zu ermöglichen. Darüber hinaus sind Hilfestellungen durch die Verwaltung erforderlich. Jeder Sparvorschlag soll kommentiert werden und der Vorschlagende eine Rückmeldung erhalten.

4.9. Bürgerhaushalte einführen

Bürgerhaushalt bedeutet nicht, Sparvorschläge machen zu dürfen. Bürgerhaushalt bedeutet, dass Bürger selber auch Vorschläge für die Verwendung machen und darüber beschließen können. In den kommenden Jahren sollen einzelne Bereiche des Haushalts den Bürgern zur Entscheidung vorgelegt werden.



5. Recht, Sicherheit und Ordnung

5.1. Grundpfeiler einer freiheitlichen Informationsgesellschaft ist der Datenschutz

Der Anspruch der Gesellschaft auf Wissen endet dort, wo die Privatsphäre beginnt. Persönlichkeitsrechte wie die informelle Selbstbestimmung sind Grundpfeiler für die freiheitlich demokratische Grundordnung unseres Staates. Datenschutz ist ein Grundrecht. Dies hat das Bundesverfassungsgericht schon 1983 festgestellt, als es das Recht auf informelle Selbstbestimmung begründete. Mit Wandlung zu einer Wissens- und Informationsgesellschaft gewinnt der Datenschutz an existentieller Bedeutung – für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt. Immer mehr Informationen über uns und unser Leben liegen in elektronischer Form vor und können zusammengeführt und automatisiert verarbeitet werden. Deswegen gilt es, die Grundsätze des Datenschutzes (Datensparsamkeit, Datenvermeidung, Zweckbindung und Erforderlichkeit) konsequent in den Vordergrund zu stellen. Datenschutz wird nicht allein durch technische Maßnahmen erreicht, sondern insbesondere auch durch organisatorische.

5.2. Restriktive Weitergabe von Meldedaten

Die Verwaltung der Stadt Duisburg soll durch den Rat der Stadt verpflichtet werden, die Meldedaten ihrer Bürger nur dann weiterzugeben, wenn diese der Weitergabe ausdrücklich zugestimmt haben (OptIn Grundsatz). Hierbei sind bei Datenweitergaben folgende Angaben durch die Stadt für mindestens 5 Jahre zu archivieren: Anfordernder Kunde, Verwendungszweck, Form der Datenüberlassung, Umfang der Datenweitergabe, Verantwortlicher Mitarbeiter.

5.3. Datenschutzeschulung in Bildungseinrichtungen

Aufklärung über Datenschutz ist nicht nur Aufgabe der Schulen, sondern aller Aus- und Weiterbildungseinrichtungen. Als Schulträger und verantwortliche Aufsichtsbehörde für Bildungseinrichtungen im Stadtgebiet fordern die PIRATEN, dass durch das Schulamt ein für alle im Verantwortungsbereich der Stadt Duisburg befindlichen Bildungsträger einheitliches und verbindliches Konzept zur Datenschutzeschulung erarbeitet und umgesetzt wird.

6. Arbeit, Soziales, Gesundheit und Sport

6.1. GEBAG erhalten

Wir fordern den Verbleib von kommunalem Wohneigentum im Besitz der Stadt. In der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass der Verkauf des kommunalen Wohneigentums an private Investoren für die Mieter innerhalb kürzester Zeit zu höheren Kosten geführt hat. Dies zeigt, dass der Verkauf des Bestandes an Wohneigentum im Besitz von Städten und Gemeinden der sozialen Verpflichtung der Kommunen entgegensteht. Deshalb setzen wir uns für den Erhalt der GEBAG ein. Es gehört zur unmittelbaren Daseinsvorsorge und damit zu den Kernaufgaben der Stadt, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir möchten, dass die GEBAG sich in Zukunft allein dieser Aufgabe widmet.

6.2. Zuwanderung

Die Erweiterung der Europäischen Union um viele Staaten des ehemaligen Ostblocks hat dazu geführt, dass auch Duisburger Unternehmen profitieren. Alle europäischen Bürger genießen das uneingeschränkte Recht, sich in Deutschland aufzuhalten und Arbeit zu suchen. Die Piratenpartei erkennt dieses Recht ausdrücklich an. Wir betrachten offene Grenzen in der Europäischen Union als wertvolle Erweiterung persönlicher Freiheiten. Unterstellungen und allgemeine Kriminalisierung einzelner Bevölkerungsgruppen lehnen wir in aller Deutlichkeit ab.

6.3. Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen

Wir fordern die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Duisburg. Angesichts des Wohnungsleerstandes in Duisburg sollen geeignete Objekte zur Unterbringung genutzt werden. Eine zentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften ist menschenunwürdig und verhindert die schnelle Einbindung in das Leben in Duisburg.

6.4. Sozialpass einführen

Die Piratenpartei Duisburg setzt sich im Rat der Stadt für die Einführung eines Sozialpasses für benachteiligte Personen ein.

6.5. Kosten der Unterkunft für Menschen, die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII erhalten

Die Piratenpartei Duisburg setzt sich im Rat der Stadt Duisburg für die 100% Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) für Menschen ein, die Leistungen nach



SGB II und SGB XII erhalten. Die Piratenpartei Duisburg setzt sich im Rat der Stadt Duisburg für die Beibehaltung der 50m² Wohnraum für eine Person + 15 m² für jede weitere Person in der Stadt Duisburg ein, falls der Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW die Kommunen durch das Satzungsermächtigungsgesetz (§ 22 a SGB II) ermächtigt, ihre KdU selbst festzulegen.

6.7. Verbot von 1-Euro-Jobs bei der Stadt Duisburg

Wir fordern die Stadt Duisburg auf, weder bei sich, noch bei Unternehmen, die der Stadt gehören bzw. auf die die Stadt einen erheblichen Einfluss ausübt, 1-Euro Kräfte zu beschäftigen.

6.7. Menschenwürde

Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Dienststellen des Jobcenters Duisburg und der BA-Duisburg eine ausreichende Bestuhlung (mindestens 150 Sitzplätze) bereitgestellt wird. Außerdem fordern wir die erneute Aktivierung, weil vorhanden, die Anzeigetafel "Der Nächste mit der Nummer XY bitte eintreten".

7. Stadtentwicklung und Verkehr

7.1. Bürgerbeteiligung an Großprojekten

Die Bürger müssen früher als bisher in die Planung von Projekten eingebunden werden. Insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben wird die breite Öffentlichkeit oft erst wenige Wochen vor der Einspruchsfrist im Planfeststellungsverfahren mehr oder weniger umfassend informiert. Wir wollen die aktive Bürgereinbindung ab Beginn der Planungen umsetzen. Bei besonders großen Projekten, die den Charakter der Stadt und das Stadtbild verändern, soll rechtzeitig vor Beginn eine Bürgerbefragung durchgeführt werden. Dadurch wird es erforderlich, Projekte öffentlich zu machen und alle Argumente vorzulegen. Projekte, für die die Bürger gestimmt haben, haben eine hohe Legitimität und das fertiggestellte Projekt wird von der Bevölkerung auch angenommen. Fehlplanungen und mangelnde Akzeptanz lassen sich so vermeiden.

7.2. Kleingartenanlagen erhalten



Der Stadtentwicklungsplan, wie er im Planungsprozess Duisburg 2027 erarbeitet wurde, sieht vor, dass mehrere Kleingartenanlagen in Gewerbegebiete umgewandelt werden sollen. Die Duisburger Piratenpartei hält Kleingartenanlagen für wertvolle und förderungswürdige Bestandteile einer funktionierenden Stadtlandschaft und setzt sich deshalb für ihren Erhalt ein. Außerdem möchten wir den weiteren Flächenverbrauch stoppen. Es gibt in Duisburg genügend freie Flächen bzw. existierende Gebäude, die gegebenenfalls in Gewerbeflächen umgebaut werden könnten.

7.3. Ausbau ÖPNV

Der Öffentliche Personennahverkehr in Duisburg soll weiter ausgebaut werden. Dazu gehört, dass Anschlüsse optimiert und Linien auch bis in Vororte geführt werden. Die Taktung darf besonders abends nicht soweit heruntergeführt werden, dass die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln unzumutbar wird. Wir setzen uns für den Erhalt der Straßenbahnverbindung nach Düsseldorf ein. Wichtig ist, dass die Menschen, die täglich zwischen Düsseldorf und Duisburg pendeln, das weiterhin effektiv tun können, ohne auf ein Auto angewiesen zu sein. Teure Prestigeprojekte wie U-Bahntunnel unter Fußgängerzonen haben dagegen keine Priorität. Wir sind davon überzeugt, dass ein gut ausgebauter Nahverkehr auch von den Bürgern angenommen und genutzt wird.

7.4. Leerstand kommunaler Gebäude entgegenwirken

Die Stadt und einige ihrer Unternehmungen haben Eigentum an vielen Immobilien. Einige dieser Gebäude stehen schon seit Jahren leer. Da die Stadt Duisburg von sämtlicher Verpflichtung als Immobilienbesitzer nicht entbunden ist, fordern wir sie auf, detailliert darzulegen, wie sie plant, dem Leerstand entgegenzuwirken.

7.5. FOC

Weitere Planungen des FOC sollen nur unter paritätischer Mitbestimmung der von möglichen Umzugsmaßnahmen betroffenen Mieterinnen und Mietern der Siedlung am Zinkhüttenplatz, ggf. vertreten durch die BI Zinkhüttenplatz und deren Sprecher erfolgen.



8. Familie, Bildung und Kultur

8.1. Kultur fördern

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil des städtischen Lebens. Wir brauchen in Duisburg mehr Kulturstätten in den Quartieren, die nicht kommerziell geführt werden. Das können offene kulturelle Begegnungsräume ebenso sein wie Atelierhäuser und vieles mehr. Die Förderung dieser Art von Kultur kann zur Belebung von benachteiligten Straßenzügen oder Stadtvierteln dienen. Hierzu sollten leerstehende städtische Gebäude genutzt werden.

8.2. Kulturhaushalt

Die Piratenpartei Duisburg möchte den Kulturhaushalt so umschichten, dass ein vielfältiges kulturelles Leben in der Stadt gewährleistet wird. Darunter verstehen wir z.B. Kleinkunstabühnen, Laientheatern, Einrichtungen kultureller Vereine, kleinere Einzelprojekte sowie nicht-kommerzielle Kulturprojekte jeder Art. Deshalb fordern wir: Keine finanzielle Förderung von Elitekultur, stattdessen Förderung von bürgernaher und kostengünstiger Kleinkultur. Hohe Millionenbeträge für Eliteprojekte sind zu viel, wenn anderswo die kulturellen Angebote vor Ort schrumpfen. Dazu gehört unter der derzeitigen Finanzsituation der Verzicht auf den Unterhalt einer eigenen Oper und eines eigenen Symphonieorchesters.

8.3. Stadtbibliothek fördern und nicht weiter abbauen

Die Piratenpartei Duisburg fordert den Erhalt der Duisburger Stadtbibliothek und ihrer Filialen als attraktive Kultureinrichtung. Die Duisburger Stadtbibliothek ist eine der erfolgreichsten Kultureinrichtungen der Stadt. In den vergangenen Jahren wurde sie durch Etatkürzungen mehrfach in Schwierigkeiten gebracht. So konnten nur wenige neue Medien angeschafft werden. Durch den Umzug in das im Bau befindliche Stadtfenster verliert sie einen erheblichen Anteil ihrer Fläche, muss also auch hierdurch ihren Medienbestand verringern. Hinzu kommen nach dem Umzug städtischen Mietzahlungen an einen privaten Investor. Die Piratenpartei befürchtet, dass dies alles dazu führt, dass auch in Zukunft immer weniger Medien angeschafft werden können und die Stadtbibliothek immer unattraktiver wird.

8.4. Verantwortung lernen - Förderung autonomer Jugendzentren



Jugendliche wollen Veranstaltungen organisieren und benötigen Begegnungszentren. Nur wer Verantwortung für sich und andere übernimmt, lernt und übt ein gefestigtes und stabiles Sozialverhalten. Auch Jugendliche dürfen und sollen Fehler machen, um daraus zu lernen. Deshalb möchten wir Piraten autonome Jugendprojekte, insbesondere selbstverwaltende Jugendzentren, fördern und bewahren. Wo immer es sich anbietet, sollen leerstehende Gebäude der öffentlichen Hand diesem Zweck langfristig überführt werden.

8.5. Filmforum erhalten

Das Filmforum ist das Kinotheater in Duisburg, dass jenseits rein kommerzieller "Blockbuster" auch anspruchsvolle Filmkunst bietet.

8.6. Love Parade Tunnel unter Denkmalschutz stellen

Wir werden an die Untere Denkmalbehörde der Stadt Duisburg den Antrag stellen, die Unterführung Karl-Lehr-Str. wegen der immensen Bedeutung für die jüngere Stadtgeschichte, unter Denkmalschutz zu stellen.

8.7. Zumutbare Schulwege

Wir fordern, dass alle Bildungsgänge und Schulformen in zumutbarer Entfernung angeboten werden. Trotz der demografischen Entwicklung muss sichergestellt werden, dass Grundschulen in Duisburg fußläufig (max. 2 km) erreichbar bleiben. Für weiterführende Schulen sollten kostenfrei ÖPNV Tickets zur Verfügung gestellt werden, um die freie Schulwahl nicht einzuschränken.

8.8. Verbesserung der Raumkonzepte

Anstatt den Rückgang der Schülerzahlen zur Schließung von Schulen einzusetzen, sollen die vorhandenen Schulen mit weniger Zügen und kleineren Klassen weitergeführt werden, unter Nutzung aller verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten. Die "Raumüberkapazität" wird benötigt, um die Aufgaben der Inklusion adäquat erfüllen zu können.

8.9. Sekundarschule



Wir fordern mehr Transparenz und Beteiligung bei der Einführung der Sekundarschulen und der Umsetzung der Inklusion generell. Dazu gehört

- die Einbeziehung der Eltern aller Grundschulklassen in die Befragung zur Sekundarschuleinführung, da diese Entscheidung langfristig Weichen stellt
- die Veröffentlichung aller pädagogischen Konzepte der neuen Sekundarschulen bzw. Inklusion, um allen Bürgern die Möglichkeit zu geben, zu prüfen, in wie weit die Ziele der inneren Differenzierung und der Inklusion dieser neuen Schulform vom Konzept getragen wird
- eine zusammenfassende Darlegung von Umfang und Herleitung aller zugehörigen Investitionen in Gebäude und Ausstattung durch die Stadt
- Einführung der Sekundarschule und zur Einführung der Inklusion. Dies beinhaltet auch die zugrundegelegten Parameter wie z.B. das Verhältnis Schüler zu Klassenräumen
- oder die Quadratmeter für Ruheräume oder Arbeitsräumen oder die Ausstattung mit speziellen Fachräumen.

8.10. Gebäudeinstandhaltung

Wir fordern, dass weitere finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit die zum Teil sehr maroden Schulgebäude saniert werden können. Ebenso müssen für regelmäßige Wartungs- und Renovierungsarbeiten Gelder im Haushalt zurückgestellt bzw. in zukünftige Haushalte fortgeschrieben werden. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum unkalkulierbare Mittel für Prestigeobjekte unter sinnlosem Festhalten an Masterplänen riskiert werden, aber keine Mittel für die zukunftssichernde Bildung eingeplant werden.

8.11. Schulsozialarbeit

Wir fordern eine gezielte Ausweitung der Schulsozialarbeit an den Inklusionsschulen (Schwerpunktschulen), Berufsschulen, Förderschulen und Schulen in Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf. Schulsozialarbeit unterstützt das lehrende Personal bei vielfältigen Aufgaben. Beratungsarbeit, Eltern- und Netzwerkarbeit nehmen einen erheblichen Anteil der außerunterrichtlichen Tätigkeit ein. Insbesondere beim Übergang Schule - Beruf und in der Berufsvorbereitung ist ein verstärkter Einsatz der Schulsozialarbeit sinnvoll und wichtig. Wir fordern, dass mindestens die Hälfte aller Sozialarbeiterstellen, die temporär für das Bildungs- und Teilhabepaket durch das Land eingestellt wurden, durch die Stadt weiter finanziert und festen Schulstandorten zugeordnet werden.

8.12. Inklusion



Solange das gemeinsame Lernen noch nicht nachhaltig umgesetzt ist, müssen Förderschulen erhalten bleiben, auch um den Eltern überhaupt eine realistische Wahlmöglichkeit zu geben. Ebenso sollten diese Schulen als "Mentoren" für die GU(Gemeinsamer Unterricht)-Klassen bzw. auch für Lehrer / Schulen die Einzelintegration vornehmen, fungieren und die dortigen pädagogischen Planungen begleiten. Damit die äußeren Rahmenbedingungen den Erfordernissen aller Schüler gerecht werden können, müssen die Schulgebäude zielgerichtet und barrierefrei umgebaut werden. Solange die Finanzierung dazu nicht geklärt ist, darf keine Förderschule geschlossen werden.

8.13. Jugendhilfe

Wir fordern eine deutliche Aufstockung der Mittel im Rahmen der Jugendhilfe und Jugendberufshilfe. Durch eine frühe, präventive Förderung von Kindern und Jugendlichen können zukünftige Kosten für Sozialleistungen minimiert und die Chancengerechtigkeit erhöht werden. Mit der Ausgliederung der Jugendhilfe gGmbH wurde die Jugendhilfe kommerzialisiert, nicht aber professionalisiert. Wirtschaftliche Aspekte stehen nun dem sozialen Auftrag entgegen und gute Angebote der Jugendhilfe im Bereich der Berufsvorbereitung und -bildung sehen sich in Konkurrenz zu qualitativ unzureichenden privaten Angeboten. Nach unserer Meinung muss es bei der Berufshilfe (Übergang Schule-Beruf) das vorrangige Ziel sein, eine selbständige Lebensführung herbeizuführen.

8.14. Sportstätten

Wir fordern, dass die bestehenden Sportstätten und Schwimmbäder sukzessive neugebaut bzw. modernisiert werden. Investitionen in Schwimmbäder und Sportstätten sichern den Immobilienbestand und somit das Eigenkapital der Stadt. Der Ersatz für marode Sportstätten und Schwimmbädern ist oftmals preiswerter als deren Erhalt bzw. die Sanierung dieser. Durch einen Neubau von Sportstätten und Schwimmbädern können Fremdmittel akquiriert und Unterhaltungskosten minimiert werden. Ohne diese Massnahmen kann die im Prinzip noch zu verstärkenden schulischen und außerschulischen Bewegungsangebote für Kinder nicht gewährleistet werden, mit gravierenden gesundheitlichen Folgen und Kosten. Dabei sollten diese Bäder der Öffentlichkeit zugänglich sein, bzw. bleiben.

8.15. Bücherbus

Wir fordern den Erhalt des Bücherbusses.

9. Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit, Verbraucherschutz

9.1. Fracking

Die Piratenpartei Duisburg lehnt jegliche Form des Fracking zur Gewinnung von fossilen Energieträgern ab.

9.2. Umweltzonen

Die PIRATEN Duisburg fordern die Abschaffung der Umweltzonen innerhalb des Duisburger Stadtgebietes und den Austritt der Stadt aus der Umweltzone Ruhrgebiet. Statt dessen ist in Duisburg ein Konzept zu erarbeiten, welches eine tatsächliche Senkung der Feinstaubbelastung für die Bevölkerung erreicht.

9.3. Lärmschutz

Die Piratenpartei Duisburg setzt sich für größtmöglichen Lärmschutz ein. Alle Maßnahmen, welche die Lärmbelastung mindern können, sollen schnellstens umgesetzt werden. Es sind wirksame Massnahmen gegen Industrie- und Verkehrslärm umzusetzen. Kapazitätsausweitungen sind nur akzeptabel, sofern Emissionen nicht ansteigen! Dies schließt vorhandene Lärmaktionspläne ein. Einer Ausweitung des Flugbetriebs am Düsseldorfer Flughafens, der zu einer Mehrbelastung für Duisburg führt, wird nicht zugestimmt.

10. Über Duisburg hinaus

10.1 Dezenten nur noch für vier Jahre wählen

Kommunale Spitzenbeamte (Dezenten) werden laut Gemeindeordnung auf acht Jahre gewählt. Eine erneute Wahl für eine zweite Amtsperiode kann der Dezent laut GO nicht ablehnen. Demgegenüber ist es sehr schwierig, sich von Dezenten, die Ihren Aufgaben nicht gerecht werden, zu trennen. Wir werden uns deshalb beim Land NRW dafür einsetzen, dass Dezenten nur noch vier Jahre gewählt werden. Die Kontinuität der Verwaltungsarbeit sehen wir damit nicht gefährdet.

10.2. Bürgerbegehren erleichtern

Selbst bei umstrittenen Projekten wird die Möglichkeit von Bürgerbegehren und -entscheiden nur selten genutzt. Die Piratenpartei Duisburg setzt sich bei der Piratenfraktion im Landtag dafür ein, die Hürden für Bürgerentscheide zu senken. Wir fordern, dass die Zulässigkeitsprüfung für das Bürgerbegehren durch den Rat



vor dem Sammeln der Unterschriften erfolgt. Auch die Räte selbst sollen bei wesentlichen Projekten zum Mittel des Bürgerentscheides greifen. Nach Offenlegung aller vorhandenen Informationen sollen die Bürger damit aktiv und verbindlich mitbestimmen.

10.3. Kommunales Wahlrecht für Bürger aus nicht EU-Staaten

Das kommunale Wahlrecht ist ein wichtiges Instrument für politische Selbstbestimmung, Teilhabe und Gleichberechtigung. Zum Zusammenleben auf gleicher Augenhöhe gehört, dass auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten, die teilweise seit Jahrzehnten in Deutschland leben, das kommunale Wahlrecht erhalten. EU-Bürger dürfen bei Kommunalwahlen wählen, wenn sie seit drei Monaten in Deutschland wohnhaft sind. Angehörigen anderer Staaten ist das Wahlrecht jedoch verwehrt, auch wenn sie seit 40 Jahren in Deutschland wohnen. Im Gegensatz zu Landtags- und Bundestagswahlen, wo das Wahlrecht durch die Staatsangehörigkeit erlangt wird, ist die Zugehörigkeit zu einer Kommune mit den damit einhergehenden Pflichten davon unabhängig. Diesen Grundgedanken greift auch Artikel 28 GG auf, der explizit ein kommunales Wahlrecht für EU-Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit vorsieht.



**PIRATENPARTEI
DUISBURG**

Mehr wissen, Mitmachen

Duisburger Piraten im Internet

www.piratenpartei-duisburg.de

Landesverband-NRW

www.piratenpartei-nrw.de

Bundespartei

www.piratenpartei.de

Piraten in Europa

ppeu.net

Grundsatzprogramm

wiki.piratenpartei.de/wiki/images/3/3e/Piratenpartei_Grundsatzprogramm_Dezember_2012.pdf

Mitgliedsantrag

verwaltung.piratenpartei-nrw.de/dokumente/Mitgliedsantrag_NRW.pdf